

Frankreichs SP-Premier vor dem Parlament: Schuldenabbau und Reichensteuern

In seiner Antrittsrede vor dem Parlament rückte Premier Jean-Marc Ayrault den Schuldenabbau in den Vordergrund. Als Ausgleich verkündete er neue Steuern für Multis und Reiche.

VON DANNY LEDER, PARIS

Jean-Marc Ayrault, Frankreichs neuer SP-Premier, verdankte seine Popularität bisher seinem kühlen Auftreten und seiner bedächtigen Redeweise. Gestern aber wagte Ayrault bei seiner Antrittsrede vor der französischen Nationalversammlung ein paar poetische Floskeln: Er habe immer wieder Menschen getroffen, „in deren Augen“ er „oft genauso viel Hoffnung wie Sorge“ gelesen habe. Diesen Leuten gegenüber habe er sich verpflichtet: „Die Wiederaufrichtung Frankreichs wird Zeit brauchen und schwierig sein, aber wir werden es schaffen.“

Damit versuchte sich Ayrault wieder in der Seelenmassage, die er und Francois Hollande schon seit Monaten gegenüber einer Bevölkerung anwenden, die in Umfragen den weltweiten Pessimismus-Rekord hält. Allerdings rückte Ayrault in deutlicherer Weise als bisher die Notwendigkeit des Schuldenabbaus in den Vordergrund: Mit jährlich 50 Mrd. Euro sei die Schuldentrückzahlung zur „ersten öffentlichen Ausgabe geworden.“ Das bedeute: „Weniger Schulen, Kinderkrippen, Spitäler, öffentliche Transportmittel“. Man dürfe diese Schuld nicht „künftigen Generationen“ aufhalsen. „Ein verschuldetes Frankreich ist ein Frankreich, das von den Rating-Agenturen und Finanzmärkten abhängt“.

Dieses durchargumentierte Bekenntnis zum Schuldenabbau kommt einer Zurechtweisung der weiter links stehenden Kräfte und Gewerkschaften gleich, die Hollande ursprünglich vermieden hatte. Ayrault bestätigte auch den Zeitplan, wonach Frankreich bis 2017 ein ausgeglichenes Budget erreichen würde.

Um den Schock unter den Linkswählern zu mildern, behauptete Ayrault aber gestern neuerlich, er würde sich um keine „Kurswende“ handeln. In den von Präsident Hollande als vordringlich bezeichneten Bereichen, nämlich Schulwesen, Justiz und Polizei, würden die versprochenen tausenden Neuanstellungen erfolgen. Wofür in den übrigen Ministerien Einsparungen nötig

wären. Insgesamt aber würde die Zahl der öffentlich Bediensteten „stabil bleiben“.

Trost spendete Ayrault seinen Wählern auch, als er die Abschaffung der unter Sarkozy eingeführten Steuererleichterungen für Eigner von Großvermögen ankündigte. Er bekräftigte die neuen Abgaben für Ölmultis und Banken sowie eine 75 prozentige Besteuerung der Einkommenssegmente von über einer Million Euro pro Jahr. Er schätze Unternehmer und Spitzenkräfte, über dem Geld gebe es aber noch eine Genugtuung: „Der Republik das zurückzuerstatten, was sie einem geboten hat“. Flucht in Steuerparadiese sei unpatriotisch.